

## **5. Genehmigung der Energiestrategie und Kenntnisnahme der Energieplanung 2022**

Antrag des Regierungsrates vom 29. Juni 2022 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 28. März 2023

Vorlage 5844a

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Eintreten ist gemäss Paragraf 89 litera d des Kantonsratsgesetzes obligatorisch. Es liegt ein Minderheitsantrag auf Rückweisung vor.

*Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU):* Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, die Energiestrategie 2022 zu genehmigen und die Energieplanung 2022 zur Kenntnis zu nehmen.

Für die Mehrheit der Kommission zeigt die Energiestrategie 2022 im Hinblick auf die drängenden Probleme bei der Energieversorgung und beim Klimawandel in die richtige Richtung. Ein Teil der Mehrheit hätte sich zwar klare Etappenziele zur Erreichung der langfristigen Ziele gewünscht. Auch vermisst sie das für die Zukunft sehr wichtige Thema der Energiespeicherung. Sie setzt aber darauf, dass die Regierung diese Themen für die nächste Energiestrategie aufarbeiten wird.

Die Minderheit lehnt die Energiestrategie ab und hat ihre Forderungen in einen Rückweisungsantrag mit vier Punkten gefasst. Erstens sei die Struktur der Strategie zu schärfen. Zweitens seien die Potenziale sämtlicher Energieträger aufzuzeigen und Zielvorgaben und Massnahmen dazu auszuarbeiten. Drittens sei für Speichermöglichkeiten von Strom und Wärme eine Strategie samt Massnahmenplan zu entwickeln. Und viertens solle der Kanton Zürich eine umfassende Verteil- und Netz-Strategie erarbeiten.

Soweit die kurze Auslegeordnung der beiden Positionen. Ich bin sicher, dass die beiden Seiten ihre Haltungen nochmals engagiert vertreten werden.

***Minderheitsantrag Ann Barbara Franzen, Ruth Ackermann, Sandra Bossert, Alex Gantner, Christian Lucek, Ulrich Pfister, Daniela Rinderknecht:***

*Die Energiestrategie 2022 wird mit folgendem Auftrag an den Regierungsrat zurückgewiesen:*

- 1. Die Struktur des Dokumentes ist zu überarbeiten und es ist klar zwischen Zielen, Strategie und konkreten Massnahmen zu unterscheiden.*
- 2. Zur Energieproduktion sind sämtliche auf Seite 16 bezüglich ihrer Potenziale aufgeführten Energieträger sowohl mit Zielvorgaben als auch bezüglich der dafür notwendigen Massnahmen umfassend auszuarbeiten.*
- 3. Zu aktuellen und künftigen Speichermöglichkeiten für Strom und Wärme ist eine Strategie zu entwickeln. Insbesondere sind auch die zur Erreichung der strategischen Ziele notwendigen Massnahmen textlich abzubilden.*

4. Zur Frage der Verteilung der Energie – Stromnetz – ist eine Strategie für den Kanton Zürich auszuarbeiten, welche unter anderem die kantonseigenen Unternehmungen Axpo und EKZ erfasst.

*Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen):* Ich vertrete den Minderheitsantrag der FDP und werde Ihnen jetzt darlegen, weshalb wir einen Rückweisungsantrag zur Energiestrategie stellen. Es ist nicht das, was in der Energiestrategie drinsteht, sondern es ist das, was eben nicht drinsteht, was uns zu einem Rückweisungsantrag veranlasst. Wie sich das gehört, hat die FDP die Energiestrategie eingehend geprüft, und wir müssen leider Mängel in Aufbau und Struktur feststellen und daneben haben wir grosse inhaltliche Fragezeichen. Wie Sie wissen, steht der Kanton Zürich und mit ihm die ganze Schweiz vor grossen Herausforderungen im Bereich der Energieversorgung, vor schier unlösbaren Interessenkonflikten bei der Energieproduktion, vor der Herkulesaufgabe, mit dem Klimawandel und dem Biodiversitätsverlust umgehen zu können und Umweltschäden abzumindern. Dies sind eigentlich alles nationale Fragen, Energie und Umweltpolitik sind gesamtschweizerische Aufgaben. Für die FDP ist klar, dass wir diese Fragen angehen müssen.

Die Umsetzung aller Klima- und Energievorhaben aber bedingt nachgelagert kantonale Strategien und Detail-Projektierungen, und gerade vor diesem Hintergrund sind wir mit der vorliegenden Energiestrategie nicht zufrieden. Sie sagt eben in vielem nicht, wie und mit welchen Mitteln die zu erreichenden kantonalen Ziele umgesetzt werden können. Und sie lässt auch – und das ist für uns zentral wichtig – Nutzwertanalysen vermissen. Es ist ja die erste Energiestrategie des Kantons Zürich nach Annahme des Energiegesetzes und nach der grundlegenden Änderung durch die PI Bloch (*KR-Nr. 307/2014 von Beat Bloch*), wonach neu eine vom Kantonsrat zu genehmigende Strategie und ein Planungsdokument, das eben nur zur Kenntnis vorgelegt wird, behandelt wird.

Wir sind bereit, im Bereich der Energie und der Energieproduktion bei der Speicherung der Gebäudeeffizienz als Partei durchaus mehr Geld zu sprechen. Hier setzen wir Akzente, wie wir das bereits mit unserem Antrag zur Erhöhung des Rahmenkredits nach Paragraph 16 Energiegesetz (*Vorlage 5876*) getan haben. Aber wir sind eben auch der Meinung, dass es eine Energiestrategie braucht, die diesen Namen auch verdient.

Kommen wir zu den strukturellen Themen, die aus unserer Sicht nicht mit nötiger Klarheit und Schärfe ausgerollt sind: Das Dokument ist, einfach gesagt, in drei Teile aufgesplittet: Umfeld, Strategie und Planung. Beim Umfeld handelt es sich grösstenteils um eine Auslegeordnung zum nationalen Strombedarf und zur Energieversorgung 2015. Beispielsweise sind da Folien der AXPO (*Schweizer Energiekonzern*), Grafiken zum Solarpotenzial im Winter aus einer Berner Fachhochschule eingefügt. Die Strategie hingegen – und da geht es jetzt um ein kantonales Thema – ist nicht mit der notwendigen Klarheit dargelegt. Die Potenziale, die da ausgebreitet und eben nur als Grafiken und Kuchendiagramme wiedergegeben sind, nicht aber in Textform beschrieben werden: Sind Sie nun Ziele der Strategie?

Sind es konkrete quantitative Ziele der Strategie? Und wenn ja, mit welchen Massnahmen soll denn konkret ein Ziel auch erreicht werden? Welche Konsequenzen, auch finanzielle oder gar rechtliche, müssten ergriffen werden, um die Massnahmen umzusetzen, um die Massnahmen umsetzen zu können? Wie sind Zielfelder mit Zwischenschritten, mit Zwischenzielen zu etablieren? Das alles sind Fragen, die für uns nicht gelöst sind. Für die FDP ist die Systematik des Dokuments nicht genügend klar. Es bleibt teils vage. Es vermengt zum Teil Strategie, Massnahmen und Ziele.

Auch inhaltlich vermissen wir einiges. Die Ausführungen der kantonalen Strategie bezüglich der Stromnetze sind äusserst knapp. Doch wie alle wissen: Stabile Netze werden in Zukunft wegen der fortschreitenden Defossilisierung eine immer zentralere Rolle spielen. Und das ist eine Herausforderung, der sich auch – und gerade – der Kanton Zürich stellen muss. Ein Verweis auf Bundesebene, ein Verweis auf Swissgrid (*Schweizer Übertragungsnetzbetreiberin*) reicht in unseren Augen nicht aus. Immerhin hält der Kanton grosse Anteile an der AXPO und ist Eigner der EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), hier muss mehr gehen. Bei der Energieproduktion wird aus unserer Sicht der Fokus allzu stark auf die Fotovoltaik gerichtet. Wir sehen die Bedeutsamkeit der Fotovoltaik für die Energieproduktion der Zukunft, legen aber ebenso Wert auf Technologieneutralität, welche im ganzen Dokument nicht spürbar ist. Wir haben deshalb auch aufgeführt, welche möglichen weiteren Träger der Stromversorgung abzuhandeln sind: Biomasse, Holz, Geothermie, Tiefengeothermie, Wind, synthetische Energie, ja, sogar Kernkraft, auch dazu braucht es eine Aussage, auch wenn es nur eine Negativeaussage wäre. Und es reicht eben nicht, dass, grafisch dargestellt, gewisse Potenziale aufgeführt sind. Für alle Potenziale bräuchte es in unseren Augen eine klare Aussage, warum und bis wann das Potenzial erschlossen werden kann. Man kann schon sagen, dass Geothermie im Bericht vorkommt, wir haben aber im Bericht nur gerade einmal das Kuchendiagramm der AXPO, es fehlen nur schon Ausführungen zum dort abgebildeten Anteil.

Uns fehlt dazu weiteres, einiges, wozu auch die NET gehören, die Negative Emissions Technologies. Die Klimastrategie des Kantons fordert zukünftig auch die Berücksichtigung dieser Technologien wie im Übrigen auch das nationale Klimaschutzgesetz, aber im Textteil werden Sie nicht erwähnt. Was ist denn nun die Haltung der Regierung in diesem Bereich?

Auch weitere strategische Aussagen zum Bereich «Speichertechnologien» fehlen. Der Bedarf an saisonalen Speichermöglichkeiten, gerade, wenn man auf Fotovoltaik setzt, ist doch offensichtlich. Wie, bis wann und in welchen Schritten aber will der Kanton Zürich beispielsweise Gasspeichermöglichkeiten oder Power-to-X-Lösungen nutzen und umsetzen? Es ist der FDP klar, dass es im Gesamtkonzept nicht befriedigend ist, wenn man die Strategie nur genehmigen oder rückweisen kann. Und wir sehen doch auch Gutes an der Strategie, das möchte ich sagen. Wir stellen aber vor allem einen Aufholbedarf fest, den auch andere Parteien festgestellt haben: Strukturelle Mängel, Unklarheiten bezüglich des Tempos und möglicher Zwischenziele, inhaltliche Lücken und das Fehlen von Aussagen bezüglich

der Kosten der Transformation bewegen uns zum Rückweisungsantrag, verbunden mit der Auflage, für mehr strukturelle Schärfe, mehr Verbindlichkeit bei den Zwischenetappen und Aufarbeitung der Lücken zu sorgen. Wir sind zuversichtlich, dass die Baudirektion dies gut bewältigen kann. Das eine Jahr mehr Zeit hat doch die PI Bloch genau für solche Fälle vorgesehen. Wir sind der Meinung, nutzen wir diesen Spielraum! Unterstützen Sie mit uns den Rückweisungsantrag zur Energiestrategie. Besten Dank.

*Ulrich Pfister (SVP, Egg):* Die SVP unterstützt den Minderheitsantrag auf Rückweisung der Energiestrategie 2022 an den Regierungsrat. Den Ausführungen der Vorrednerin zum Minderheitsantrag ist eigentlich nicht viel beizufügen. Die SVP unterstützt grundsätzlich die Ziele, aus den fossilen Energieträgern auszusteigen. Mit der Energiestrategie 2050 soll die Schweiz bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral sein. Die Anstrengungen des Kantons Zürich gehen in dieselbe Richtung, nur, dass der Kanton Zürich sich auf die Fahne geschrieben hat, diese Ziele bereits 2040 zu erreichen. Diese Ziele sind definiert, aber nicht, wie wir diese Ziele erreichen und welche Massnahmen dazu notwendig sind. Bei der Erreichung wird der massive Ausbau des Solarstroms aufgeführt. Die weiteren möglichen Energiequellen werden vernachlässigbar aufgeführt. Wir erachten eine vertiefte Auseinandersetzung mit weiteren Energiequellen als unabdingbar. Potenziale weiterer Energieträger werden in Prozenten aufgeführt, mit welchen Massnahmen diese Ziele allenfalls erreicht werden, bleibt offen, Solarstrom dominiert. Es wird klar ausgewiesen, dass wir im Winter eine Stromlücke haben. Wie diese Stromlücke gefüllt werden soll, ist nicht ersichtlich. Dass unsere Stromproduktion im Moment über das Jahr in etwa ausreicht, wir aber den Überschuss vom Sommer nicht in den Winter retten können, ist auch bekannt. Trotzdem wird der Solarstrom als das alleinige Heilmittel angepriesen. Es wird wohl ausgewiesen oder ausgeführt, dass dies eine Herausforderung sei. Eine Erklärung, wie man dieser Herausforderung gerecht werden sollte, ist nicht vorhanden. Die laufenden Förderprogramme erzielen lediglich noch einen Mitnahmeeffekt. Die Abkehr von fossilen Energieträgern ist im Gange und würde auch ohne diese Fördermassnahmen laufen. Dies zeigt auch, dass das Gewerbe die Nachfrage gar nicht mehr bewältigen kann.

Aus unserer Sicht wird zu viel von «würde», «könnte», «sollte» und «wäre» aufgeführt. Die Energiestrategie 2050 und die vorliegende Energiestrategie des Kantons zeigen klar auf, dass wir uns auf schwierige Zeiten zubewegen. Trotzdem wird alles unternommen, um alles zu elektrifizieren, im Wissen, dass uns in naher Zukunft die Grundleistungen der AKW fehlen.

Wir erwarten, dass der Kanton sich Zürich beim Bund für eine sichere Stromversorgung einsetzt. Dies ist für den wichtigsten Wirtschaftsstandort in der Schweiz existenziell. Die ganze Energiedebatte läuft nach dem Prinzip Hoffnung: Wir wissen nicht wie, aber es kommt sicher gut, wir schaffen das.

Die SVP ist nicht dieser Meinung und verlangt darum eine Schärfung der Energiestrategie, in welcher aufgezeigt wird, mit welchen konkreten Massnahmen die für uns zu ambitionierten Ziele erreicht werden sollten. Die Auswirkungen auf

den Bürger sollten da auch aufgezeigt werden. Die SVP unterstützt den Rückweisungsantrag.

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon):* Es ist nun das erste Mal, dass wir den Energiebericht und jetzt eben Bericht und Strategie nach dem Schema der PI Bloch beraten. Leider konnten wir im Rahmen der PI Bloch das Verfahren nicht so gestalten wie bei der ZVV-Strategie (*Zürcher Verkehrsverbund*), dort sind Änderungen möglich. Bei der Energiestrategie geht es nur um eine Kenntnisnahme oder eine Rückweisung, die einen neuen Bericht, eine neue Strategie innerhalb eines Jahres verlangt.

Der Berichtsteil zeigt, was lief: Es lief mehr als auch schon. Grundsätzlich kann man bei Bericht und Strategie sagen: Es geht in die richtige Richtung. Es ist auch gut, dass die Richtung, die vom Regierungsrat eingeschlagen wurde, vom Kantonsrat im Rahmen der Energiestrategie abgesegnet wird. Die Energiestrategie ist kohärent mit der Klimastrategie. Aber das führt dazu, dass sie ähnliche Schwächen und Stärken wie die Klimastrategie aufweist. Im Gebäudebereich ist sie recht gut oder ist sie eigentlich wirklich gut und solide, denn dort hat man mit dem Energiegesetz einiges gemacht und wir wissen, wohin die Reise geht. Dort muss jetzt das Energiegesetz umgesetzt werden.

Aber es ist natürlich so, dass wir auch Punkte haben, die wir gerne geändert hätten. Was hätten wir denn geändert, wenn wir könnten? Man muss sagen, grundsätzlich ist die Klimastrategie für die Situation, in der wir uns mit dem Klimawandel befinden, zu wenig ambitioniert. Wir müssten schneller und mehr machen. Der bürgerliche Regierungsrat hat offensichtlich immer noch nicht realisiert, dass man beim Umbau auf erneuerbare Energiequellen endlich den Turbo zünden sollte.

Weiter muss man sagen: Im Bereich Mobilität ist nichts wirklich Konkretes zu finden. Die Stossrichtungen sind grundsätzlich korrekt, die die VD (*Volkswirtschaftsdirektion*) dort erläutert, aber eben nicht wirklich konkret. Man wird den Eindruck nicht los, dass die Volkswirtschaftsdirektion auf das Prinzip Hoffnung setzt, dass dann irgendwie der Verkehr schon dekarbonisiert wird. Und die Frage des Energieverbrauchs der Mobilität wird nicht wirklich gestellt. Denn die Rangordnung bei Energieverbrauch und Energieeffizienz der Mobilität ist relativ klar: Am energieeffizientesten ist der Fussverkehr, gefolgt vom Veloverkehr, gefolgt vom elektrifizierten Veloverkehr, dann kommt der öffentliche Verkehr. Und grauenhaft ineffizient, weil es doch wenig Sinn macht, 2 Tonnen zu bewegen, um eine Person zu befördern, ist der motorisierte Individualverkehr. Davon liest man nichts.

Wir haben es jetzt mit einem Rückweisungsantrag von FDP, SVP und Mitte zu tun. Der eklatante Mangel der Strategie im Bereich Mobilität wird dabei nicht thematisiert. Will die FDP ihre Regierungsrätin (*Carmen Walker Späh*) durch Ablenkungsstrategie schützen? Es werden gewisse konkrete Punkte erwähnt, die Speichermöglichkeiten zum Beispiel. Wir finden auch, es wäre diesen in der Strategie mehr Raum zugestanden. Allerdings muss man sagen: Das Wichtigste ist, dass man konkret vorwärtsmacht, und dafür haben wir in den vergangenen vier Jahren geschaut, dass wir eben verschiedene Vorstösse haben mit sehr konkreten

Anliegen. Beispielsweise gibt es gerade im Bereich Speicherstrategie die Motion von Nicola Siegrist (*KR-Nr. 268/2020*) über den Aufbau und die Förderung der dezentralen Stromspeicherung in den Infrastrukturen des Stromnetzes. Dort geht es eben konkret um das Thema, damit es vorwärtsgeht. Und es wäre gut, wenn daneben genau in der nächsten Strategie darüber berichtet würde. Aber wichtiger, muss man sagen, als dass man jetzt an der Strategie, die grundsätzlich in die richtige Richtung geht, noch etwas Feinschliff macht, ist, dass es mit diesen konkreten Vorhaben vorwärtsgeht.

Dann gibt es auch den Punkt der strategischen Geschichte zwischen AXPO und EKZ, die wäre durchaus auch interessant gewesen. Aber mit der Formulierung der Rückweisung bringt das auch nicht wahnsinnig viel. Denn die technische Aufgabe, wie es zwischen der AXPO und der EKZ grundsätzlich im Verteilnetz läuft, ist relativ klar. Die AXPO hat die NE 2 und NE 3 (*Netzebenen*) das heisst, sie hat ein Hochspannungsnetz, das ist zwischen 150 und 50 Kilovolt, und die EKZ die NE 4 bis NE 7, also das Mittelspannungsnetz bis und mit zum Hausanschluss zum 400-Volt-Netz. Wie ein effizienter Netzaufbau, insbesondere auch auf dem NE 7, also dem Niederspannungsnetz, funktioniert, ist eben wichtig, wenn man schaut, dass mehr Fotovoltaik eingespiessen wird. Aber hier möchten wir wiederum genau auf diese Vorlage verweisen mit den dezentralen Speichern im Stromnetz. Denn sie führen dazu, dass man das Stromnetz effizient ausbauen kann. Und es ist wichtig, dass wir in dieser konkreten Vorlage vorwärtsmachen. Macht die Rückweisung der FDP die Strategie also substanziell besser und sind vor allem diese Änderungen sehr dringlich? Nein. Verpufft sie Ressourcen? Ja. Es macht doch mehr Sinn, wenn wir die Ressourcen der Verwaltung – und sie werden nicht mehr oder minder, ob wir jetzt diese Strategie annehmen oder ablehnen – wirklich bei den konkreten Vorhaben einsetzen. Der Kantonsrat hat in den vergangenen vier Jahren genau in diesem Bereich sehr viele konkrete Vorgaben gemacht; die eine, die ich erwähnt habe, aber auch verschiedene andere im Ausbau von erneuerbaren Energien. Setzen wir die vorhandenen Ressourcen dafür ein, damit es bei diesen konkreten Vorgaben vorwärtsgeht. Die Grundrichtung, die die Energiestrategie vorgibt, die stimmt, und die konkrete Umsetzung sind eben diese Vorlagen. Lassen wir nicht die Verwaltung für nichts arbeiten oder quasi nichts, um dann die konkreten Umsetzungen zu behindern, weil die Ressourcen fehlen.

Die SP wird in diesem Sinn der Energiestrategie zustimmen. Wir werden weitere konkrete Forderungen gerade im Mobilitätsbereich, wo wirklich wenig läuft, stellen und sind nachdrücklich dabei, dass daneben die konkreten Anliegen schnell umgesetzt werden. Herzlichen Dank.

*Franziska Barmettler (GLP, Zürich):* Ja, ich denke, wir sind uns einig, dass wir beim Thema Energiestrategie und -planung noch einen «Chnorz» haben. Wir haben nun den ersten Testlauf mit der neuen Übungsanlage vorliegend und das Ergebnis ist noch nicht ganz zufriedenstellend.

Aber zuerst zum Positiven: Strategie und Planung gehen inhaltlich in die richtige Richtung. Sie zielen auf eine erneuerbare Energieversorgung ab, wollen die Ener-

gieffizienz fördern und jederzeit die Versorgungssicherheit gewährleisten. Konkret zeigt die Strategie ein mögliches Szenario für eine erneuerbare Wärme- und Stromversorgung im Jahr 2050 auf, und die Planung enthält ein reiches Set an Massnahmen. Es läuft einiges und es kann dargelegt werden, dass auch schon sehr vieles erreicht werden konnte. Ein Manager einer Firma würde nun aber folgende Fragen stellen: 2050, das ist doch noch weit weg. Mich interessieren die Meilensteine auf dem Weg dorthin. Gibt es Zwischenziele? Was müssen wir in den nächsten fünf Jahren tun, um auf Zielkurs zu sein und keinen «Hockey Stick» (*gemeint ist das Hockeyschläger-Diagramm aus dem Weltklimabericht*) zu produzieren, indem wir jetzt wenig tun und dann später aufholen müssen. Und bei den Massnahmen gibt es da auch einen Zeitplan, um zu wissen, bis wann diese umgesetzt werden. Zudem möchte ich eine Analyse sehen, ob die Massnahmen zur Zielerreichung genügen. Besteht noch ein Massnahmen-Gap? Und wenn ja, wie gross wird dieser geschätzt? All diese Antworten fehlen in der Strategie und Planung. Es fällt somit schwer zu verstehen, ob die Firma auf Kurs ist. Wir als Kantonsrat haben uns zwar mit der letzten Revision mehr Mitsprache geschaffen, es ist aber etwas schwierig, diese auch zu nutzen, wenn dem zu beurteilenden Inhalt das Fleisch am Knochen fehlt.

Aus GLP-Sicht wäre zudem wichtig zu verstehen, wie die Ziele und Massnahmen mit der kantonalen Klimastrategie und den dort enthaltenen Zielen abgestimmt sind. Reichen denn die Ziele der Energiestrategie, um die Klimaziele 2040 zu erreichen? Wir erwarten also bei der nächsten Ausgabe von Strategie und Planung die Berücksichtigung dieser Punkte, erachten es aber zum jetzigen Zeitpunkt falsch, diese zurückzuweisen. Folglich lehnen wir den FDP-Antrag ab. Dieser deckt sich zwar mit einigen unserer Anliegen, geht aber zu weit. Statt Analysieren und Strategieentscheiden möchten wir jetzt insbesondere aufs Umsetzen setzen. Wir genehmigen die Strategie und nehmen den Bericht zur Kenntnis.

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach):* Erstmals überhaupt liegt uns eine Energiestrategie für den Kanton Zürich vor, ein Blick in die Zukunft voraus bis ins Jahr 2050, in welchem der Kanton Zürich das Netto-null-Ziel spätestens erreicht haben möchte. Eigentlich sollten wir es ja schon 2040 schaffen. Die Energiestrategie zeigt auf, dass der Kanton ein enormes Potenzial aufweist, welches bisher brachliegt. Aktuell beziehen wir rund 74 Prozent der Wärme und 82 Prozent des Stroms von ausserhalb des Kantons Zürich. Bis im Jahr 2050 können wir den Wärmebedarf zu 100 Prozent innerhalb des Kantons Zürichs decken. Jährlich gibt die Schweiz heute mehr als 12 Milliarden Franken für Brenn- und Treibstoffe aus. Aufgrund des Energieverbrauchs des Kantons Zürich macht das fast 2 Milliarden Franken pro Jahr aus, welche wir Diktatoren und Despoten in den Rachen schieben.

Beim Strom können wir uns auf dem Kantonsgebiet nicht völlig unabhängig machen. Trotzdem schaffen wir es bis 2050, deutlich mehr als die Hälfte, nämlich 57 Prozent unseres Stroms auf dem Kantonsgebiet zu erzeugen; eine Information, welche mich sehr positiv stimmt. Dieser Strom wird mit einem Anteil von 33 Prozent hauptsächlich aus Fotovoltaik und zu fast gleichen Teilen aus Wind, Kehrlicht

und Wasserkraft produziert. Den restlichen Strom werden wir aus den Bergkantonen und, falls der Bund eine neue geschickte Unterhändlerin für das Europa-Dossier findet (*Anspielung auf den kürzlichen Rücktritt von Staatssekretärin Livia Leu*), über Verträge abgesichert aus dem Ausland beziehen, wie es historisch ja gut funktioniert hatte; eine Strategie, welche für uns Grüne aufgeht und zukunftsweisend ist. Dafür möchte ich Martin Neukom, dem Energiedirektor, danken. Damit erfüllt er einen lang gehegten Wunsch, welchen seine Vorgänger nicht umsetzen wollten oder konnten. Seit 2010 muss der Energieplanungsbericht vom Kantonsrat genehmigt werden. Zuvor wurde er nur zur Kenntnis genommen. Ich gehe davon aus, dass die Unzufriedenheit damals so gross war, dass man die Gesetzesänderung vollzogen hatte, sodass der Bericht bewilligt werden muss. Seither wurde kein einziger Energieplanungsbericht bewilligt. Der Energiebericht 2010 wurde nach der verheerenden Atomkatastrophe in Fukushima vom Regierungsrat zurückgezogen und nicht neu aufgelegt. Die Energieplanungsberichte, 2013 und 2017 wurden vom Kantonsrat abgelehnt. Diese waren schlicht zu wenig ambitioniert, als dass der Kantonsrat eine zukunftsgerichtete Energiepolitik hätte erahnen können. Wird die Energiestrategie heute angenommen, so hat der Kanton seit mehr als einem Jahrzehnt wieder eine akzeptierte Planung im Energiebereich, ein grosser Schritt für den Kanton Zürich, denn endlich verlassen wir den Blindflug im Energiebereich.

Die Energieplanung, welche wir nur zur Kenntnis nehmen können, zeigt im Detail auf, wer in welchem Bereich welche Aufgaben hat. So sind uns im Kanton Zürich beim Verkehr die Hände recht gebunden, da die meisten Verantwortlichkeiten beim Bund liegen und das bürgerliche Parlament leider sinnvolle Massnahmen bisher blockiert hat. Die grössten Hebel haben wir im Kanton Zürich im Bereich der Gebäude, wo die Erfolge bisher am grössten sind, und beim Strom. Hier, also beim Strom, muss der Kanton Zürich und das eigene EW (*Elektrizitätswerk*) endlich vorwärtskommen. Der Kanton Zürich als grösster Wirtschaftskanton gehört beim erneuerbaren Strom zu den Hinterbänkclern. Gerne nehmen wir den Bericht zur Kenntnis und bewilligen die Energiestrategie. Falls die bürgerliche Mehrheit im Rat heute eine lange Tradition fortführen und die Energiestrategie zurückweisen wird, wie es eine Minderheit der KEVU wünscht, bleibt der Kanton Zürich dann weiterhin ohne Energieplanung, obwohl wir im vorliegenden Dokument einen ausgezeichneten Plan haben. Das wird ja nicht bestritten. Der Bericht soll einfach anders strukturiert werden. Dafür den Bericht abzulehnen, empfinde ich persönlich als sehr kleinlich. Die Zwischenziele, wie sie von weiteren verlangt werden, erachte auch ich als sinnvoll. Diese sollte man in dem nächsten Bericht aufnehmen.

*Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich):* Besten Dank für die Energiestrategie und die Energieplanung 2022. Energiestrategie und Planung sind wertvolle Dokumente für die Energieplanung, selbstverständlich, und zudem für die Ziele der mittel- und langfristigen Entwicklung der Energieversorgung und -nutzung. Schwerpunkte der kantonalen Energiestrategie und Energieplanung müssen weiterhin sein, die Energieeffizienz zu steigern, den Anteil der erneuerbaren Energien

weiter zu erhöhen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss möglichst rasch zu senken. Bereits bekannte und bewährte Technologien müssen ausgeschöpft und neue Innovationen noch besser genutzt werden. Für die Mitte-Fraktion ist in der Strategie besonders das wichtige Thema der Energiespeicherung zu wenig beachtet worden. Energiespeicherung wird bei der Energieversorgungssicherheit entscheidend helfen. Es ist also nicht nur die Struktur, die wir verändert haben möchten. Wir erwarten konkrete Massnahmen, klar definierte Ziele sowie Etappenziele bei langfristigen Vorhaben. Die Potenziale sämtlicher Energieträger müssen aufgezeigt werden – mit entsprechenden Zielvorgaben und Massnahmen. Die Energiestrategie muss in diesen Punkten umfassender und detaillierter werden. Die Mitte-Fraktion unterstützt aus diesen Gründen die Rückweisung der Energiestrategie an den Regierungsrat.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis):* «Done is better than perfect» – diese englische Variante des Slogans «Einfach machen» hörte ich von einem Social Media-Experten, dessen Rat ich suchte. Das heisst selbstverständlich nicht, dass Grundlagenpapiere nicht mit Sorgfalt und Aussagekraft abgefasst werden sollen. Aber als Unternehmer hat für mich der effiziente Einsatz von Ressourcen eine hohe Priorität, darum will ich hier vor allem an das Primat des Handelns erinnern. Und das wiederum bedeutet: Mut zur Lücke.

«Done is better than perfect» oder «Einfach machen» gilt auch beim vorliegenden Geschäft. Denn es wäre ein Leichtes, nochmals unzählige Zusatzstunden in die Formulierungen beziehungsweise Präzisierung der Energiestrategie 2022 zu investieren. Aber das ist schlicht nicht notwendig oder – erneut in Englisch – ein Overkill. Die Strategie erfüllt nämlich schon jetzt genau das, was eine Strategie leisten muss: Sie zeigt in groben Zügen die grossen Linien auf. Sie definiert nachvollziehbar die Grundsätze der Energieplanung und die Ziele der mittel- und langfristigen Entwicklung der Energieversorgung und Nutzung. Sie stellt den künftigen Bedarf und das notwendige Angebot an Energie im Kanton schlüssig dar. Sie nimmt Bezug zu bereits bestehenden Dokumenten, wie zum Beispiel die Klimastrategie oder das vom Zürcher Volk deutlich angenommene Energiegesetz. Wohlformulierte Absichtserklärungen sind insgesamt also genug vorhanden. Noch mehr Papier, noch mehr Worte, noch mehr kluge Gedanken können uns nicht garantieren, dass auch nur irgendetwas schneller umgesetzt wird, im Gegenteil: Für eine Neuabfassung des Strategiepapiers werden nur Ressourcen gebunden, die dann an andernorts fehlen. Die zusätzlich geforderten Detaillierungen können wir zwar nachvollziehen, aber es völlig ausreichend, wenn diese in einer zukünftigen Strategie berücksichtigt werden.

In diesem Sinne wird die EVP der Energiestrategie 2022 zustimmen und die Energieplanung zur Kenntnis nehmen.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Wir haben es hier mit einem Minderheitsantrag zu tun, der in der Begründung und im Inhalt wichtige Punkte anspricht. Insbesondere macht es sehr viel Sinn, wenn in der Energiestrategie klare Ziele und eine Etappierung der Ziele bei langfristigen Themen vorgesehen ist. Wir können daher

diese Forderungen nur unterstützen, denn ohne klares Ziel bringt auch die beste Strategie nichts. Hier gibt es klares Verbesserungspotenzial, bei dem die AL vom Regierungsrat erwartet, dass er dieses angeht und im Rahmen der Umsetzung dieser Energiestrategie bereits auch umsetzt und berücksichtigt. Doch ist es auch so, dass die hier vorliegende Energiestrategie im Grossen und Ganzen stimmig ist und wir diesem Papier in seiner grundsätzlichen Stossrichtung zustimmen können. Und dies ist auch das Wichtige an einer Strategie, auch wenn wir uns durchaus engagiertere Ziele wünschen.

Der Minderheitsantrag enthält Fragen und Forderungen über die Energieversorgung und weitergehenden Fragen. Eine Rückweisung würde daher auch zu einer unerwünschten Verzögerung der restlichen Energiestrategie führen und die politischen Diskussionen über diese Themen werden bereits an anderer Stelle geführt. Wir können es daher im Sinne der Effizienz hier dabei bewenden lassen und nicht weitere Ressourcen an dieses Thema binden. Beispielsweise wird das Thema «Power-to-X-Massnahmen», deren Fehlen Sie zuvor bereits kritisierten, unmittelbar nach diesem Traktandum angesprochen (*Vorlage 5783*). Auch haben wir in der Vergangenheit bereits diverse Vorstösse zum durchaus wichtigen Thema der Energiespeicherung unterstützt. Die Wichtigkeit dieses Themas ist daher, glaube ich, im ganzen Rat ebenfalls unbestritten. Wir sind der Meinung, dass es hier angezeigt ist, dass die hier vorliegende Energiestrategie verabschiedet wird. Die vorliegenden Massnahmen dulden keinen Aufschub, und genau dies bewirkt dieser Antrag und dies ist auch der Grund für unsere Ablehnung des Minderheitsantrags. Die Fraktion der Alternativen Liste wird daher der vorliegenden Energiestrategie zustimmen und den Minderheitsantrag ablehnen, erwartet aber, dass der Regierungsrat die berechtigte Kritik durchaus berücksichtigt. Wir setzen uns damit für ein zügiges Vorwärtsmachen bei diesem Thema ein.

*Nicola Siegrist (SP, Zürich):* «Zu wenig, zu spät», das ist nicht nur meine Meinung zu diesem Energiebericht. Es ist auch meine Meinung, meine Beurteilung der generellen Klima- und Energiestrategie dieses Kantons. Das ist nicht die Folge der letzten zwei, drei, vier Jahre, nein, es ist die Folge der letzten 20 Jahre, wo systematisch und weniger systematisch eine zukunftsfähige Energiepolitik sabotiert wurde oder zumindest die Massnahmen nicht ergriffen wurden, um diese zu erreichen. Dieser Bericht, das ist schlussendlich einfach nicht der grosse Wurf, den wir benötigen. Es fehlt der Regierung bis heute jeglicher Mut, diesen Wurf hinzulegen. Es fehlt der Mut zu einer Vision. Es fehlt der Mut, zu sagen: Ja, wir brauchen ambitioniertere Ziele, damit wir unsere Jahrhundertaufgabe der Klimakrise endlich meistern können. Ja, ich bin ehrlich, dieser Bericht schafft es nicht, diese Jahrhundertaufgabe ernsthaft anzugehen. Und es freut mich von Herzen, dass der Freisinn endlich mehr will, dass er zur Einsicht kommt, dass es schärfere Massnahmen braucht, dass es klarere Zielvorgaben braucht.

Ich kann leider aber diesen Minderheitsantrag nicht ernst nehmen. Ich bin nochmals nachschauen gegangen, ein bisschen Jahrzehnte zurück, was in diesem Rat gelaufen ist Ende der 90er-Jahre, und da habe ich zwei Vorstösse gefunden: einen der Grünen-Kantonsrätin Büsser (*Altkantonsrätin Marie-Therese Büsser*), ein

Konzept zur Förderung der Fotovoltaik, abgelehnt von der kompletten bürgerlichen Ratsseite, und auf der anderen Seite ein Postulat der SP-Kantonsrätin Waldner (*Altkantonsrätin Liliane Waldner*) mit der Forderung, dass die EKZ eine Solarbörse eröffnen sollen, um die Fotovoltaik zu fördern. Enttäuschend, dass damals die bürgerliche Ratsseite nicht bereit war, mitzugehen, umso erfreulicher, dass jetzt, 25 Jahre später, langsam diese Einsicht kommt, dass es die Rahmenbedingungen braucht, dass es scharfe Massnahmen braucht durch die öffentliche Hand, um das hinzukriegen.

Jetzt stellt sich aber die Frage, wenn Sie diesen Minderheitsantrag schon stellen: Haben Sie denn den Mut, auch die notwendigen Massnahmen dahinter zu unterstützen oder ist es nur heisse Luft, die Sie hier rauslassen? Meine Kollegin Rosmarie Joss hat vorher schon eine Motion genannt, eine Motion zur dezentralen Stromspeicherung. Es gibt jedoch auch die Motion 267/2020 zur Förderung der einheimischen Solarstrategie, welche eine umfassende Solarstrategie fordert, abgelehnt durch FDP und SVP. Es gibt die parlamentarische Initiative 255/2021, Förderliche Rahmenbedingungen für die Fotovoltaik und die restliche erneuerbare Energie, abgelehnt durch die FDP und die SVP. Es gibt die parlamentarische Initiative 334/2022 für eine Solarpflicht auf Neu- und auf Umbauten. Sie können es erraten, abgelehnt durch die FDP und die SVP. Und da kommt es darauf an, ob Sie dabei sind oder nicht. Es bringt überhaupt nichts, wenn Sie Minderheitsanträge schreiben und sagen «ja, wir brauchen schärfere Ziele», aber nicht bereit sind, die notwendigen Massnahmen dann auch wirklich zu unterstützen. Und dass die SVP diesen Minderheitsantrag unterstützt, das ist sowieso unterste Schublade. Sie warnen in den schrillsten Tönen seit Wochen vor einer Strommangellage, vor verringerter Stromversorgungssicherheit, und dieses Wochenende lancieren Sie in verschiedensten Gemeinden auch im Kanton Graubünden einen breit angelegten Angriff auf die Windenergie, auf das, was auch in diesem Bericht als Teil einer zukünftigen Stromversorgung abgebildet ist. Selbstverständlich lässt sich mit Windenergie nicht 50 Prozent des Bedarfs decken, wer den Bericht gelesen hat, sieht, dass es ein Potenzial für 7 Prozent gibt, auch in unserem Kanton, besonders im Winter. Diese Stromquelle wird somit auch einen Beitrag leisten. Sie greifen das wieder an als SVP. Auf der einen Seite sagen Sie «wir brauchen eine sichere Stromversorgung», auf der anderen Seite attackieren Sie genau das, was uns dort hinbringen soll. Das ist nichts anderes als Sabotage einer sicheren Energieversorgung in Zukunft. Sie können also noch lange diesen Minderheitsantrag unterstützen, aber seien Sie ehrlich: Sagen Sie nicht, Sie machen es wegen der Begründung der Freisinnigen, nein, Sie machen es, um zu verhindern, dass die Erneuerbaren in diesem Kanton endlich vorwärtskommen, um die rückwärtsge wandte Energiepolitik des letzten Jahrhunderts weiterzuführen.

Ich würde diesen Energieplanbericht sehr gerne ablehnen, das können Sie mir glauben und mich auch ernst nehmen. Aber was würde es bringen? Es bringt nichts. Es geht um die konkreten Massnahmen. Und wenn ich zum Schluss komme, dass es zu wenig und zu spät ist, dann müssen wir dafür sorgen, dass es die konkreten Massnahmen gibt, um dieses Defizit aufzuholen. Ihr Antrag macht das nicht ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*Paul von Euw (SVP, Bauma):* Als Energiebezüger aus diesem Kanton beunruhigt mich diese Diskussion doch schon sehr beträchtlich. Wir hören von Klimazielen, CO<sub>2</sub>-Reduktion, das hören wir da gebetsmühlenartig. Und nun? Das ist ja gut und diese Ziele, das können wir diskutieren, die können okay sein oder nicht okay. Aber was mich erschreckt, ist, dass über die Versorgungssicherheit praktisch nichts in diesem Bericht steht. Die Versorgungssicherheit wird aussen vor gelassen und das ist gefährlich. Sie sprechen hier über irgendwelche Ideologien und nicht über die wirklichen Problematiken. Es hat 15 Wörter, welche «Versorgungssicherheit» lauten in diesem sehr umfangreichen Text.

Mir ist bewusst, dass die Verantwortung für die Energieversorgungssicherheit liegt in der Schweiz nicht beim Kanton Zürich. Trotzdem ist gerade der Kanton Zürich der Schweizer Wirtschaftsmotor, der internationale Hub, ein weltbekannter Wirtschaftsstandort. Gerade dieser Kanton Zürich hätte die Möglichkeit, proaktiv gegen den Bund aufzutreten und Forderungen in Form von Lösungsansätzen zu stellen. Ja, das ist auch eine Stossrichtung, aber davon lese ich nichts. Ich lese alles andere, aber die Dringlichkeit, um mit allen Mitteln eine Strommangellage zu verhindern, dazu gibt es nichts. Herr Neukom, ich möchte Sie als verantwortliches Regierungsratsmitglied fragen: Ist es bezüglich Strommangelgefahr wirklich der Lösungsansatz des Zürcher Regierungsrates, in einigen wenigen Sätzen auf den Bund zu verweisen? Wenn ja, dann bin ich als Strombezüger massiv enttäuscht. Ich lese aus dem Bericht keinen Aktivismus, sich als Beauftragter des Volkes und damit auch der Wirtschaft aktiv für eine sichere Stromversorgung einzusetzen, im Gegenteil, es ist zu lesen, ich zitiere: «Möglichkeiten des Kantons zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und zur Steigerung der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien prüfen, mit Schwerpunkt auf Fotovoltaik und Windstrom und unter Berücksichtigung der Förderungen des Bundes.» Die Zeiten des Prüfens sind vorbei, aber der Herr Regierungsrat will prüfen, ob es Möglichkeiten zur Stromversorgungssicherheit gibt. Oder unter der Stossrichtung bei der Stromversorgung ist zu lesen, ich zitiere wieder: «Die Rahmenbedingungen sind in erster Linie durch den Bund so zu schaffen, dass sie eine ausreichende Stromversorgung jederzeit sicherstellen. Damit auch in Zukunft eine hohe Stromversorgungssicherheit gewährleistet ist, ist durch den Bund die dafür erforderliche Fähigkeit der Eigenversorgung festzulegen.» Hier wird von einer hohen Versorgungssicherheit gesprochen. Wir brauchen keine hohe, wir brauchen eine absolute Stromversorgungssicherheit wie heute: 99,998 Prozent, «hoch» ist zu tief. Zur Sicherung der Energieversorgung ist das Thema «Versorgungssicherheit» das Handlungsfeld Nummer 1, und dann Handlungsfeld Nummer 2 ist noch einmal die Versorgungssicherheit. Und dann, wenn wir das geschafft haben, können wir über Energiewende und das Zeugs sprechen. Wir dürfen doch vom Regierungsrat des grössten und wichtigsten Kantons der Schweiz erwarten, dass er beim Bundesrat vorstellig wird und mit klaren Ideen eine sofortige – sofortige! – Lancierung der Problemlösung bezüglich der Strommangelsituation fordert. Es ist nicht an der Zeit zu warten, es ist an der Zeit zu handeln. Also ich bitte Sie und ich bitte

Sie wirklich: Handeln Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten und dazu gehört Fordern, und zwar Fordern mit Nachdruck.

Und vielleicht noch bezüglich der Windkraftanlagen: Ja, das ist sehr idyllisch, wenn Sie hier mit Ihren Windkraftanlagen das Gefühl haben, Sie könnten die Stromversorgung im Kanton Zürich retten. Aber mit den – wenn sie denn kommen – 120 Anlagen, die Herr Neukom hier geplant hat oder einmal vorgestellt hat, decken wir allerhöchstens 5 Prozent; Herr Neukom sagt 8 Prozent, ich sage 5 Prozent. Damit lösen wir gar keine Probleme, da sind wir in der Rundungsdifferenz des Stromverbrauchs ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

*Florian Meier (Grüne, Winterthur):* Ich bin einigermaßen erstaunt hier ob den Forderungen vonseiten FDP und SVP. Diejenigen unter Ihnen, welche vor zweieinhalb Jahren in der Halle 7 (*Tagungsort des Kantonsrates während der Corona-Pandemie*) aufmerksam zugehört haben, mögen sich noch erinnern: Wir haben damals ins Gesetz geschrieben, dass die Strategie uns zur Genehmigung und der Planungsbericht zur Kenntnisnahme vorgelegt werden müssen. Die FDP hat sich damals im August 2021 dafür ausgesprochen, dass beides, der Bericht und die Strategie, in die Hände des Regierungsrates gehörten und eine Kenntnisnahme durch den Kantonsrat ausreichend sei. Offenbar mögen Sie, Frau Franzen, sich da nicht mehr an Ihre damalige Position erinnern, sonst hätten wir jetzt nicht diesen Antrag hier vorliegen. Unter anderem haben wir ins Gesetz geschrieben, dass die Strategie die Ziele festlegt und im Planungsbericht die zur Zielerreichung notwendigen Massnahmen aufgeführt werden. So steht es unter Paragraph 6 im Energiegesetz, und zwar so. Und genau so und nicht irgendwie anders hat der Regierungsrat die Strategie und den Planungsbericht auszuarbeiten. Was die FDP jetzt will, wäre eben genau etwas anderes: Sie wollen zwischen Zielen, Strategie und konkreten Massnahmen unterschieden haben, so steht es im Antrag. Die Ziele sind Teil der Strategie und das sollen sie auch sein, der Kantonsrat hat es vor zwei Jahren beschlossen. Und die Massnahmen sind Teil des Planungsberichts. Diesen nehmen wir zur Kenntnis, auch das haben wir hier drin beschlossen.

Sie wollen die für die Energieproduktion notwendigen Ziele und Massnahmen umfassend dargestellt haben. Da frage ich Sie: Haben Sie das Dokument überhaupt gelesen? Sonst schauen Sie doch mal auf den Seiten 14 und 15 nach, dort sind die Ziele aufgeführt. Und im Planungsbericht finden Sie auf Seiten 21 bis 24 ordnungsgemäss die Massnahmen.

An Ueli Pfister noch ein Hinweis: Das Thema «Winterstrom», wie dem Winterstrom-Mangel begegnet werden soll, ist auf Seite 43 aufgeführt.

Dann bezeichnen Sie von der FDP die AXPO als kantonseigenes Unternehmen und wollen ihr strategische Vorgaben im Umgang mit dem Stromnetz machen. Zur Erinnerung: Der Kanton hält direkt und indirekt etwa die Hälfte der Aktien an der AXPO, etwas unter der Hälfte, 36 Prozent. Sie als kantonseigenes Unternehmen zu bezeichnen, ist dabei etwas abenteuerlich. Und zu meinen, die AXPO halte sich an die Strategie eines ihrer neuen Eignerkantone, grenzt an Selbstüberschätzung. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

*Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) spricht zum zweiten Mal:* Wunderbar, dass ich gleich replizieren darf auf das Votum von Florian Meier, aber ich habe eigentlich noch andere auf meiner Liste. Herzlichen Dank an die AL, an die GLP, an die SP, herzlichen Dank an die Sprecherinnen dieser Fraktionen. Für mich ist es sehr erhellend – sehr erhellend –, heute zu hören, dass auch diese Fraktionen nicht so richtig glücklich sind mit der vorliegenden Strategie. Wenn wir uns diese Voten nochmals ein bisschen durch den Kopf gehen lassen, dann merken wir: Es fehlt doch einiges, auch für diese Parteien. Ja, meine Damen und Herren, warum haben Sie uns denn nicht geholfen? Frau Rosmarie Joss hat gesagt, diese Formulierung des Rückweisungsantrages bringe jetzt auch nicht so wahn-sinnig viel. Sie waren in der KEVU dabei, Sie hätten mitarbeiten können, wenn Sie nicht zufrieden sind. Ich lade sie ein, dies das nächste Mal zu tun, das wäre uns nämlich sehr wichtig. Offenbar ist Ihnen auch das Thema der Speichertechnologie wichtig, ja, uns auch. Seien Sie dabei, arbeiten Sie mit, wenn es Ihnen wirklich so wichtig ist.

Zur Frage der Struktur: David Galeuchet hat gesagt: «Wollen wir jetzt eine neue Struktur?» Gerne verweise ich dann auf das Protokoll, das wieder zu lesen sein wird, es lohnt sich. Ich habe es explizit gesagt, es geht um strukturelle Fragen, aber es geht auch um inhaltliche Fragen. Wir vermissen – und ich sage es gerne nochmals – und wir möchten gerne in der Strategie auf einer hohen Flugebene aufgeführt haben, welche weiteren möglichen Träger der Stromversorgung abzuhandeln sind; Biomasse, Holz, Geothermie, ich erspare Ihnen das nochmalige Aufzählen meiner Liste. Und dass es statthaft ist, dass auch in einer Strategie die Konsequenzen, die finanziellen und rechtlichen Konsequenzen einer Transformation, aufgeführt sind, darüber sind wir uns, glaube ich, auch einig. Ich habe jetzt gehört «Ja, wir sind zwar nicht zufrieden, aber lassen Sie uns doch endlich handeln». Das Primat des Handelns, schön und gut, aber die Aufgabe des Kantonsrates ist es, hier eine Strategie zu genehmigen, das ist unser Ziel. Wir müssen entscheiden, ob die Strategie mit den Zielen kohärent und richtig ist für unseren Kanton. Wir wollen ja nicht noch ein wohlformuliertes weiteres Produkt, sondern wir möchten eine Strategie, die eben etabliert und konkretisiert ist. Ich glaube, das ist unsere Aufgabe, als Kantonsrat dafür zu sorgen, dass das auch umgesetzt wird.

Vielleicht noch zu Nicola Siegrist. Sie legen mir hier Worte in den Mund. Sie reden von schärferen Massnahmen, die ich gefordert hätte. Ich habe von einer Schärfung des Dokumentes gesprochen, auch da eine kleine Korrektur; ganz abgesehen davon, dass ich doch finde, dass die FDP als Partei in den letzten Monaten durchaus bewiesen hat – mit dem Rahmenkredit beispielsweise, den ich erwähnt habe, der auf unseren Antrag zusammen mit Ihnen sogar aufgestockt wurde, dieser Rahmenkredit nach Paragraph 16 Energiegesetz –, dass sie Hand zu Lösungen bietet.

Vielleicht noch etwas zu den Anglizismen von Daniel Sommer: Ja, wir könnten es auch so halten: Get it done right! Deshalb: Weisen Sie die Strategie zurück. Get it done right bitte beim ersten Mal, jetzt beim zweiten Mal. Unterstützen Sie den Rückweisungsantrag.

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon):* Also beim Votum vom Paul von Euw habe ich etwas gestaunt wegen der Versorgungssicherheit, denn das ist eben gerade explizit nicht ein Punkt des Rückweisungsantrags. Es wird in der Strategie nicht mehr zur Versorgungssicherheit stehen mit diesem Rückweisungsantrag. Das hat mich noch etwas mehr erstaunt, denn wenn man die Traktandenliste liest, dann hat eine Partei – und Paul von Euw hat ja diese Motion (*KR-Nr. 227/2023*) von Christian Lucek (*Altkantonsrat*) übernommen – einen Vorschlag, der darauf abzielt, dass eben weniger erneuerbarer Strom zugebaut werden soll, nämlich die SVP mit ihrem Vorstoss «Energierategie ohne Windparks», also die Partei, die sich auch auf der Vorstossliste gegen die Versorgungssicherheit im Winter positioniert, das ist die SVP.

Zu Barbara Franzen: Wir haben jetzt heute von vielen gehört, es gebe Optimierungen und Verbesserungen, die der Regierungsrat in seiner nächsten Strategie umsetzen kann. Weshalb wir da nicht mitgearbeitet haben, um einen besseren Rückweisungsantrag zu machen? Weil es eben nicht sinnvoll ist, diese Rückweisung zu unterstützen, egal, mit welcher Begründung. Wir haben unsere wichtigen Punkte in dieser Debatte dem Regierungsrat mitgegeben. Wie haben sie platziert, damit sie dann in der nächsten Strategie aufgenommen werden können. Was ist denn der Mehrwert der Rückweisung einer Strategie, die wir grundsätzlich genehmigen? Die Grundsätze, die wir festhalten, sind ja die richtigen. Sie sind einfach zum Teil zu wenig weitgehend und zum Teil zu wenig konkret. Wo ist der Sinn, wenn wir diese Grundsätze nochmals überarbeiten lassen? Wir halten die Verwaltung vom Arbeiten ab. Sind es denn nicht die FDP und die SVP, die immer wieder sagen, die Verwaltung solle keine Leerläufe produzieren? Mit dieser Rückweisung würden wir so einen Leerlauf produzieren, und deshalb haben wir das grundsätzlich nicht unterstützt. Wir haben die Gelegenheit genutzt, unsere wichtigen Punkte in dieser Debatte darzulegen. Wir finden es wichtig, dass der Kantonsrat sagt «doch, diese Strategie ist richtig, wir gehen in die richtige Richtung, wir genehmigen das». Und es macht keinen Sinn, am Schluss die konkreten Punkte zu torpedieren, indem wir die Verwaltung von der Arbeit abhalten. Wir haben genug Vorstösse überwiesen aus diesem Kantonsrat, die ganz konkret etwas im Sinne dieser Strategie bringen. Und diese müssen vorangetrieben werden und wir sollten nicht uns und die Verwaltung für nichts beschäftigen.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Zur Info: Ich plane dieses Geschäft noch fertig zu machen vor der Pause.

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach):* An Ulrich Pfister: Vielen Dank. Ich hoffe, ich habe Sie richtig gehört und verstanden. Sie haben die Aussage gemacht, dass die SVP grundsätzlich den Ausstieg aus den Fossilen unterstützt; das macht mich stutzig, freut mich aber sehr. Ich weiss nicht, haben Sie Herrn Bamert (*Ueli Bamert*) dazu auch befragt? Nehmen Sie doch alle Ihre Parteikollegen mit, wenn Sie solche Sachen sagen. Und dann sind Sie vermutlich schon im Modus nach der Abstimmung, denn das Gesetz, über das wir am 18. Juni abstimmen (*gemeint ist das Klimagesetz*), hat das Ziel, dass wir uns früher oder später aus den Fossilen

verabschieden. Das bekämpfen Sie ja vehement, und ich denke, dort wäre es ganz wichtig und dringend, dass die Wählenden wirklich Transparenz bekommen, wie die Parteien finanziert werden. Dann würde man nämlich sehen, warum ein solches Gesetz bekämpft wird.

Zu Herrn von Euw, dem es um die Versorgungssicherheit geht, muss ich einfach sagen: Seit ich bin, wird die Schweiz bürgerlich regiert. In den letzten 30 Jahren wurde kein Kraftwerk zugebaut, kein grösseres Kraftwerk, ausser jetzt im Bereich der Sonnenenergie, welche Sie immer verhindert haben. Wenn es um Versorgungssicherheit geht, dann brauchen wir Leistung. Wir brauchen Kraftwerke. Das haben die Bürgerlichen vernachlässigt in den letzten Jahren. Nie hat das Thema Fuss gefasst, und hier im Kanton Zürich hat das sowieso niemanden interessiert, so wie es mir scheint. Wenn Sie Versorgungssicherheit wollen, müssen wir zubauen und – das zeigt der Bericht auf – wir haben das Potenzial. Wir können unser Potenzial oder unsere Leistung massiv erhöhen: 100 Prozent Wärme aus dem Kanton Zürich. Heute liegen wir da in der Wüste, 74 Prozent müssen wir beziehen, beim Strom sind es 82 Prozent, die wir von auswärts haben. In Zukunft können wir über 50 Prozent selber decken. Das ist Versorgungssicherheit.

*Paul von Euw (SVP, Bauma) spricht zum zweiten Mal:* Herr Galeuchet, besten Dank für Ihren kleinen Exkurs über die vergangenen 30 Jahre. Wir hatten in den vergangenen 26 Jahren eine Versorgungssicherheit, seit 2017 fehlt sie uns. Sie fehlt uns, weil wir – ich persönlich finde das spannend, ich finde das sogar physikalisch 1A, wenn man aus Sonnenstrahlen Strom produzieren kann. Das ist ja super, aber wir lösen damit das Problem nicht. Warum nicht? Uns fehlt die Bandenergie. Wenn wir Strom brauchen, müssen wir einen Hebel drehen und dann brauchen wir Strom. Das hatten wir in den vergangenen 70, 80 Jahren, es wurde niemals – jedenfalls sicher nicht in der Schweiz – über Strommangel gesprochen. Und seit 2017 – angefangen hat es 2011 – haben wir das Problem, und wir müssen dieses Problem lösen. Sie können auf jedes Dach eine Fotovoltaik-Anlage verkaufen, das bringt am Ende des Tages eben nicht so viel, um das Problem zu lösen. Wir brauchen Bandenergie. Und bitte arbeiten Sie mit, damit wir die Bandenergie erhalten, nicht dass wir von Drittfaktoren abhängig sind, die wir nicht steuern können; ausser die Bevölkerung richtet sich mit Arbeit, mit Freizeit, mit der Politik hier drinnen nach der Sonne und nach dem Wind, dann ist Ihre Lösung gut. Und sonst bringt sie leider nicht die erwarteten Möglichkeiten.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Herzlichen Dank für diese angeregte Debatte. Seit es diese Genehmigungspflicht gibt, wurden nach meiner Recherche alle Energieplanungsberichte bisher abgelehnt, David Galeuchet hat sie auch aufgezählt. Das war zuerst 2013 und dann noch 2017. Deshalb bin ich gespannt, wie Sie heute entscheiden werden und wie es dem Energieplanungsbericht 2022 ergehen wird. Es liegt wohl in der Natur der Sache von solchen Strategien, dass jeder etwas findet, was dann nicht passt.

Zur Energiepolitik im Allgemeinen und für die Versorgungssicherheit im Speziellen müssen wir uns bewusst sein, dass wir in der Schweiz ein System der geteilten Verantwortung haben. Es ist nicht einfach einer allein zuständig, sondern die Verantwortung ist verteilt auf ganz unterschiedliche Player. Das ist einerseits die Wirtschaft, insbesondere die Energiewirtschaft wie Swissgrid (*Schweizer Übertragungsnetzbetreiberin*); das ist aber der Bund, es sind die Kantone und sogar noch die Gemeinden. Die wichtigsten Weichen im Bereich Strom werden tatsächlich auf Bundesebene gestellt. Deshalb ist es hier ein bisschen schwierig, wenn der Kanton Zürich sagt, genau so und so und so soll und wird es passieren. Die Gebäudepolitik allerdings, das heisst vor allem der Energieverbrauch der Gebäude, da haben die Kantone das Sagen. In der Energiepolitik gibt es meines Erachtens zwei sehr, sehr zentrale Herausforderungen zurzeit: Das eine ist die Dekarbonisierung, das wurde schon viel gesagt, also der Klimaschutz. Und das zweite ist die Versorgungssicherheit insbesondere im Winter, also der Winterstrom. Und Ueli Pfister hat das erwähnt und gesagt «wir haben zu wenig Lösungen für den Winterstrom». Ich glaube tatsächlich, Winterstrom ist das zentrale Thema für die Energiepolitik und in den letzten zehn Jahren wurde da deutlich zu wenig gemacht. Es gibt Lösungsansätze. Nur, diese umzusetzen, ist nicht ganz so einfach, vor allem in nützlicher Frist. Man versucht etwas mehr Wasserkraft zu produzieren, doch das Potenzial ist schon sehr stark ausgeschöpft. Man kann etwas mehr Bioenergie nutzen, man kann mehr Geothermie nutzen oder das zumindest probieren. Den grössten Anteil wird vermutlich die Solarenergie liefern an Orten ohne Hochnebel. Mit Hochnebel haben Sie wenig Solarstrom im Winter. An Orten ohne Hochnebel, das heisst im alpinen Raum oder im Tessin, da haben Sie auch im Winter noch eine akzeptable Stromproduktion. Weiter kann Wind einen Beitrag leisten. Es ist so, wie Paul von Euw sagt, wir können damit nicht 100 Prozent decken. Es kann einen Beitrag leisten zur Deckung, zur Schliessung dieser Winterstromlücke. Dann kann Effizienz einen Beitrag leisten, indem die elektrischen Heizungen ersetzt werden durch Wärmepumpen. Dann haben Sie gleich viel Wärme mit deutlich weniger Strom. Und letztendlich brauchen wir auch noch saisonale Wärmespeicher oder, wenn es irgendwie möglich ist, auch saisonale Stromspeicher. In einer Kombination all dieser Massnahmen wird es meines Erachtens technisch möglich sein, eine Versorgungssicherheit zu erreichen, auch im Winter. Allerdings kann das der Kanton Zürich natürlich nicht allein. Wir können das nur im Verbund mit allen anderen Akteuren, die ich bereits erwähnt habe.

Wie können wir das gesamthaft erreichen? Es werden einige Massnahmen erwähnt in der Energiestrategie und in der Energieplanung. Das Energiegesetz, welches wir bereits beschlossen haben, führt dazu, dass wir weniger abhängig sind von Öl und Gas, was aber dazu führt, dass der Stromverbrauch steigt. Wir brauchen zwar viel weniger Energie, dafür mehr Strom. Das Förderprogramm, welches die Dämmung fördert, führt dazu, dass wir gesamthaft weniger Energie brauchen. Je besser unsere Gebäude gedämmt sind, desto weniger Energie brauchen wir. Wir haben Erleichterungen beschlossen im Bereich der Fotovoltaik, der Bewilligung für die Fotovoltaik-Anlagen, Erleichterungen für die Bewilligung von

Wärmepumpen und von Ladestationen. Wir haben das Förderprogramm Ladestationen beschlossen, um hier den Umstieg auf die Elektromobilität zu fördern. Auch dadurch brauchen wir gesamthaft weniger Energie, denn ein Elektromobil ist einfach deutlich effizienter als ein benzinbetriebenes Auto. Aber auch da ist es wieder: Wir brauchen weniger Energie, aber mehr Strom.

Die wichtigste Massnahme wird zurzeit auf Bundesebene diskutiert und das ist der Mantelerlass. Ich hoffe sehr, dass der Mantelerlass die Beratungen mehr oder weniger übersteht und dann mehr oder weniger so in Kraft treten kann. Auch wenn es nicht gerade ein Wunschkonzert ist, scheint es mir doch grundsätzlich in die richtige Richtung zu gehen. Das Ziel des Regierungsrates ist es, das Potenzial der erneuerbaren Energien im Kanton Zürich – wörtlich – «möglichst vollständig zu nutzen». Und das Potenzial für die erneuerbare Energieerzeugung, das betrifft die Fotovoltaik. Hier haben wir einfach am meisten Potenzial: Wind, Biomasse, Kehrlichtverbrennung – wir zählen das quasi als erneuerbar – und auch Geothermie, auch wenn wir da noch wenig wissen, wie sich das dann im Endeffekt umsetzen lässt.

Kantonsrat von Euw hat die Versorgungssicherheit erwähnt und bemängelt, es sei zu wenig Versorgungssicherheit im Text. Ich würde sagen, es geht im gesamten Text eigentlich fast nur um Versorgungssicherheit. Denn bei den ganzen Bemühungen um den Ausbau von erneuerbaren Energien geht es eigentlich um Versorgungssicherheit und um nichts anderes. Dann, Herr von Euw, Sie haben gefordert, ich solle beim Bundesrat vorstellig werden und sofort Lösungen verlangen. Sie wissen schon, wer Vorsteher des UVEK (*Departement für Umwelt Verkehr, Energie und Kommunikation*) ist. Also das ist ja dann Ihr Bundesrat (*Albert Rösti*), bei dem ich sofortige Lösungen verlangen würde. Ich bin selbstverständlich in einem guten Austausch mit Bundesrat Rösti und ich finde, er macht diesbezüglich durchaus einen anständigen Job (*Heiterkeit*). Ja, das kann ich Ihnen gerne sagen. Ich finde, er macht es nicht so schlecht und ihm ist genau diese Thematik, die Versorgung mit Winterstrom sehr, sehr wohl bewusst.

Nun zum Rückweisungsantrag: Grundsätzlich muss ich ja sagen, dass Sie, wie ich höre, offensichtlich zu 95 Prozent damit einverstanden sind. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Auch Barbara Franzen hat gesagt, es sei nichts von dem, was drinsteht, was ihr nicht passt, sondern Dinge, die nicht drinstehen. Ja, das ist natürlich schwierig. Ergänzungen sind selbstverständlich immer möglich. Also wenn der Rat jetzt heute entscheidet, dass wir diese Ergänzungen machen sollen, dann machen wir das selbstverständlich gerne, und falls nicht, machen wir das dann einfach im nächsten Bericht.

Ich möchte aber noch kurz auf die vier Punkte eingehen, die Barbara Franzen erwähnt in ihrem Rückweisungsantrag. Der erste Punkt ist: Die Struktur soll überarbeitet werden. Es tut mir natürlich leid, wenn für Sie die Struktur nicht verständlich ist. Ich finde sie sinnvoll und übersichtlich, aber selbstverständlich können wir da gerne darüber sprechen. Dann können Sie mir gerne sagen, wie Sie es denn gerne hätten. Dann haben Sie gesagt, Sie wollten die einzelnen Energieträger mit Zielvorgaben und Massnahmen versehen. Auch das ist grundsätzlich natürlich machbar. Im Energieplanungsbericht ist die Logik so, dass wir sagen: Wir

schauen an, was das Potenzial der einzelnen Energieträger ist. Und Ziel ist es, dieses Potenzial möglichst auszuschöpfen. Aber natürlich haben wir keine detaillierten Ziele, bis wann in welchen Schritten das erreicht werden soll. Das ist auch relativ schwierig zu sagen, weil wir auch von den Bedingungen auf Bundesebene abhängig sind.

Zum dritten Punkt, man solle mehr zu Energiespeichern schreiben: Das kann man sehr, sehr gerne tun. Energiespeicher sind erwähnt, aber selbstverständlich kann man noch sehr viel mehr über Energiespeicher schreiben, auch diesbezüglich eine Strategie machen. Die grundsätzliche Schwierigkeit von Energiespeichern liegt im Preis. Denn damit sich ein Energiespeicher lohnt, brauchen Sie hohe Preisdifferenzen, und diese haben wir zurzeit nicht im benötigten Ausmass, dass sich solche langfristigen saisonalen Energiespeicher lohnen würden. Technisch ist noch vieles offen, aber auch das könnte man natürlich auch noch mehr ausführen.

Dann zur Strategie Stromnetze: Dieser Punkt, Frau Franzen, ist mir nicht ganz klar, denn die Vorgaben zu den Stromnetzen sind im eidgenössischen Stromversorgungsgesetz geregelt, und umgesetzt werden sie durch die Energieversorgungsunternehmen, also zum Beispiel die EKZ. Also hier hat der Kanton Zürich nicht so eine wahnsinnig starke Rolle. Ich sehe, vermutlich wollen Sie auf Smart Grid (*intelligentes Stromnetz*) hinaus. Das ist durchaus sehr sinnvoll. Also auch da kann man selbstverständlich auch noch etwas mehr aufnehmen, nur hat der Kanton hier nicht die wahnsinnig starken Hebel.

Zum Schluss: Wir sind in einer Situation, in der sich die Energiepolitik in den letzten ein bis zwei Jahren extrem stark verändert hat, denn meines Erachtens hat der Krieg in der Ukraine das Energiebewusstsein geschärft und die Energiewende nochmals deutlich beschleunigt. Auch weltweit ist die Energiewende grundsätzlich in vollem Gang. Die Verkaufszahlen der Wärmepumpen steigen massiv. Gleiches gilt für die Solarenergie, für die Windenergie, für die Elektrofahrzeuge weltweit, Batteriespeicher und Wasserstoffproduktion. Das läuft auf der ganzen Welt, auch in der Schweiz. 80 Prozent der neuen Heizungen, die im Jahr 2022 in der Schweiz verkauft wurden, also für Ersatz- und für Neubauten, 80 Prozent der neuen Heizungen waren erneuerbar; der grösste Anteil Wärmepumpen und noch ein kleines bisschen Holz. Wir hatten einen Rekordzubau an Fotovoltaik, knapp 1 Gigawatt. Der Anteil der vollelektrischen Fahrzeuge bei der Neuzulassung lag bei 20 Prozent im Jahr 2022. Ich bin allerdings mit Herrn Kantonsrat Siegrist einverstanden. Es ist notwendig, dass wir das noch beschleunigen, es geht leider trotzdem immer noch zu langsam.

Die Energiestrategie und die Energieplanung zeigen ungefähr den Stand. Sie zeigen, in welche Richtung die Massnahmen gehen. Sie können natürlich nicht detailliert zeigen, wo wir 2050 sein werden, aber sie zeigen, in welche Richtung wir gehen wollen. Die Anregungen, die Sie platziert haben in Ihrem Antrag nehme ich sehr gerne entgegen.

Im Namen des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, den Rückweisungsantrag abzulehnen und die Energiestrategie zu genehmigen. Besten Dank.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Rückweisungsantrag abzulehnen.**

*Detailbehandlung*

*II.–III.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.